

Wibeder Volksbote.

Organ für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

Abonnement Nr. 126.

Als der einzige sozialdemokratische Beilage „Die Neue Welt“.

Veröffentlicht am 23. Februar 1906.

Der „Wibeder Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schwanenstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis zweitälchlich 10 Pf., Sonntags 15 Pf., Dienstag 85 Pf., Montag 100 Pf., leichter Nachtrag.

Die Heizgengänge beträgt für die vierseitigen Beiträge oder deren Teile 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Fristen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vorausgelegt, größere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Mr. 45

Freitag, den 23. Februar 1906

13. Jahrg.

Eintrag des Redakteurs

Das dicke Ende.

Die Folgen der genialen deutschen Politik machen sich schon vor dem Auftreten der Reichstagsdebatte höchst deutlich bemerkbar. Es wurde in Deutschland überall propagiert, um noch möglichst viel Industriewaren zu den alten und günstigen Börsen über die Grenze bringen zu können. Dieser Überspannung der Produktion wird in letzter Zeit ohne Zweifel eine bedeutende Wölbung folgen mit all ihren besonders für die Arbeiter so schädlichen Begleiterscheinungen.

Davon abgesehen, führt der gewaltige Warenantritt an der Grenze jetzt in den letzten Wochen vor dem letzten 1. März zu geradezu grotesken Erscheinungen. So wird unseres Leipziger Parteiblatt geschrieben:

„Die Verkehrsstockungen an der russischen Grenze nehmen immer bedrohlichere Formen an. Die Eisenbahngesellschaften nötigt deutsche Güter nur in sehr äußerstem Umfang an. Am Sonnabend wurde nur ein einziger Zug überführt, dessen Anzahl trotz angekündigter Güterverfügung verzeichnet wurde. Ebenso lehnt das Komitee Wibbalen wegen Übersättigung die Annahme von Gütern ab, und zwar sowohl von Waggons als auch von Fahrwagen. Die Zahl der im Bahnhof stehenden, nicht weiter zu transportierenden Güterwagen war am Sonnabend bereits auf 470 gestiegen!“

Telegraphisch dringende Vorstellungen deutscher Interessenten an die russischen Ministerien blieben ohne Ergebnis. Jegendwöchige Petersburger Verfügungen zur Beschränkung der Verkehrsstockung sind bisher nicht erfolgt. Die Regierung, doch wenigstens allen derjenigen Waren, welche noch verwaltbar bis zum Ende des 28. Feb. vor die russische Landsgrenze passiert hätten, noch die Börsen des alten Tarifs gewährt würden, wurde vom russischen Handelsminister telegraphisch dahin beantwortet: das Finanzministerium sähe keine Möglichkeit, dieses Gesuch zu befriedigen, behalte sich jedoch vor, „in außergewöhnlichen Fällen Ausnahmen zugulassen.“

Die Situation wird immer kritischer. Außerdem werden auch von den Grenzstationen Pjotrinograd, Bobrowo, Woloschyn, Wolochyj und Thorn-Alexandrowo dieselben gleichen Verkehrsstockungen gemeldet. Auch an andern Börsengrenzen machen sich ähnliche Verhältnisse geltend. So reicht ein österreichischer Spediteur aus Czernowitz seinen deutschen Kunden:

„Ganz besonders müssen wir Sie darauf aufmerksam machen, daß die Serbung, wenn sie zum alten Börsenstand verzollt werden soll, den 20 d. M. hier greifbar sein muß. Selbstredend können wir über eine Haftung, daß die Serbung zu allen Zoll verzollt wird, absolut nicht übernehmen, denn der Güterantritt ist hier ein beratiger, daß fast 50 Waggons in den Börsenreihen stehen und nicht einmal in die Börsenmagazine entladen werden können, da in diesen die Waren bis zur Decke hinauf aufgestapelt sind.“

Die Grenzspeditionen teilen bereits ihren deutschen Klienten mit, daß sie es für ungünstig hielten, ob selbst die jetzt an der Grenze eingetroffenen Waren noch sämtlich vor dem 1. März zur Börsenfertigung gelangen würden. Da im deutsch-russischen Geschäftswert in der Regel der deutsche Export den Zoll übernimmt, so stehen große deutsche Interessen auf dem Spiel.

Der „moderne Staatsmann“ Bismarck, der seine Weltmachtspolitik in erster Linie mit dem Hinweis auf die Exportinteressen der deutschen Industrie und des deutschen Handels zu verteidigen liebte, verdient es wirklich, für seine glorreichen Verdienste um die deutsche Volkswirtschaft zum offiziellen Nationalhelden ernannt zu werden, wie der „Simplizissimus“ einmal vorgeschlagen hat.

Wibeder Volksbote. — 23. Februar 1906.

Demokratie

Der Tanz auf dem Vulkan. An Algeciras besteht Deutschen Diplomatie ein gefährliches Spiel. Frankreich hatte den Vorschlag gemacht, die leidige Polizeifrage verdeckt zu regeln, daß die vom Sultan zu erwählenden Offiziere Franzosen und Spanier sein sollten. Dieser Vorschlag zur „Güte“ wurde rückwärts abgeschafft. Das könnte man allesfalls noch begreifen. Aber höchst komisch lautet die „Begründung“ dieser Ablehnung, nämlich: der Vorschlag Frankreichs widerstieß dem Prinzip der Internationalisierung und Gleichberechtigung aller Mächte in Marokko! Wenn die deutsche Regierung damit (wie sagen will), daß nach ihrer unumstößlichen Ansicht die Polizeifrage in Marokko so geregelt werden müsse, daß aus allen Nationen Schirmhäuler, Gendarmes, Kriminalpolizisten usw. zu einem internationalen marokkanischen Polizeikorps zusammengeschafft werden sollten, so wäre das ganz einfach besser Usus; denn bei solcher

Regelung der Dinge lämen die beteiligten Mächte aus den Kolonien überhaupt nicht mehr heraus. Kein Wunder, daß schwärzehäutige Menschen behaupten, es wüßt zum Krieg kommen; denn Deutschland möge offenbar den Krieg! Andere versprechen sich im jüngsten Stadium vor der Verschmelzung neutraler Mächte noch die Verhütung des Krieges. Aber darin sind sie alle einig, daß Deutschland Diplomaten hier ein sehr gewagtes Spiel spielen, dessen Erfolg dem deutschen Volke teuer zu stehen kommt könnte. Im französischen Parlament verlor Ministerpräsident Rambaud eine Sitzung des neuen Präsidenten Gallien. Da hies es an einer Stelle:

„Ja ihrer auswärtigen Politik, die von Geduld, Erziehung und Mäßigung, nicht minder aber auch von Festigkeit gekennzeichnet wird, gibt da nicht die Republik in ihrer ausdauernden Tiere gegen ihre Freunde und Verbündeten ein Beispiel, um welchen Preis sie herzliche Beziehungen mit allen Mächten zu erhalten sucht?“

Unter Beifall erscholl bei biederer Worte. Man hat Frankreich sonst stets das allzugroßen Chauvinismus gegeben. Möge das deutsche Volk doch darüber wachen, daß seine Regierung nicht eine zu große Portion von Chauvinismus an den Tag legt und daß sie nicht bei ihrem Tanz auf gefährlichem Vulkan die Nation in den glühenden Krater des Krieges hineinwerfe.

Ablehnung einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. Die Finanzreformkommission beschäftigte sich, wie schon kurz gemeldet, um Dienstag zunächst mit dem sozialdemokratischen Antrag, dem Reichstag ein Reaktion vorzuschlagen, durch welchen Reichseinkommen- und Vermögenssteuern eingeschafft werden. Genosse Singer spricht in seiner kurzen Begründung die Hoffnung aus, daß der Antrag zur Annahme gelangt. Da Lauter der Kommissionserörterung habe in die Redner fast aller Parteien sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß es auf dem eingeschlagenen Wege nicht gut weiter geht und zu dem direkten Steuersystem werde übergegangen werden müssen, um die Finanznot zu beenden und die stets steigenden Ausgaben für das Reich aufzubringen. Nur dadurch, daß über fühlt und empfindet, was ihm die Reichs-Herrlichkeit kostet, will er die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines rationalen Steuersystems durch Einschränkung der Ausgaben für Militär, Flotte und Kolonien Platz greifen. Es sei durchaus nicht einzusehen, weshalb zwischen direkten und indirekten Steuern der Unterschied zwischen Reich und Einzelstaaten aufrecht erhalten werden sollte. Nur durch Annahme des Antrages sei es möglich, dem mehrfach hier aufgetretenen Streben nach Gerechtigkeit, Befreiung der starken Gütern ausdruck zu verleihen. Selbstverständlich mußte der Gesetzentwurf nach den Grundsätzen des preußischen Einkommenssteuersystems die kleinen Einkommen bis 900 Mark freilassen, dann aber progressiv greifen und nicht bei 4 Prozent bei hohem Galommen Halt machen. Der preußische Finanzminister Freiherr v. Rabe habt einen verdeckten Antrag als unernehmbar für die Regierung, sowohl aus materiellen wie aus formellen Gründen. Es siehe im prinzipiellen Widerspruch mit der ganzen Steuergesetzgebung, schwäche die Finanzkraft der Einzelstaaten und sei bei Besiedelbarkeit der Güterbasis der Steuererhebung in den Einzelstaaten nicht nur unzureichbar, sondern entsteht auch einer Angriff in die Rechte der Einzelstaaten. Müller-Fuld a. h. h. die Erkenntnis des Antrages wohl für geeignet, den Herrnpatrophen im Flottendienst einen Dämpfer aufzusuchen, müsste ihn aber in der Weise „verfliegen“, daß die Einzelstaaten je nach finanzieller Lösungsfähigkeit einen Reichtumssatz zu den Einzelstaatensteuern zu erhalten hätten, um nicht die finanziell schwachgestellten Staaten zu schwer zu belasten durch eine einfache Erhöhung der Materialarbeitsätze. Dieser Weg erscheint dem Reichsfinanzsekretär nicht gangbar, da es bei der Besiedelbarkeit der Einzelstaatensteuer an einem geeigneten Maßstab der Wohlhabenheit der Einzelstaaten fehlt. Westermann (NL) erklärt, daß viele von seiner Fraktion dem Antrage nicht gerade unheilhaft gegenüberstehen, jedoch sei bei Annahme eine Sorge bzgl. sozialen Charakters des Reiches zu bestreiten. Garant vertrete die Weisheit die Ansicht, daß das indirekte Steuersystem noch nicht genügend entwickelt und noch weiter ausgebaut werden könne! Die Grünen Berufsräte und Singer erwähnen: Die sämtlichen angedeuteten Schwierigkeiten, sowohl formelle wie materielle, seien nur schwerbare und leicht überwindbare, wenn man das Prinzip anstreben wolle. Bei der stets steigenden Annahme des sozialhaften Gewerbes und Betriebs, die den Monopolcharakter tragen, sei es eine Kleinigkeit, durch Besteuerung des Vermögens und des Einkommens die schlenden Mittel aufzuholen und jedenfalls noch viel unbedeutlicher und weit geringer gesetzlich möglich als die Beunruhigung eines Stützpunktes und mittlerer Gesellschaften und aufsteigender Güterpreise durch das Sachsen nach Steuerhofen. Sie gelten auch die Bedeutung des sozialen Charakters des Reiches gerade durch das Nationalliberalen. Will Müller-Fuld a. h. h. erklären sie sich inso-

fern einverstanden, als sie die direkten Steuern beweglich zu gestalten beabsichtigen, auch seien sie durchaus nicht abgelehnt, da der Vorschlag des Bushagens zu den Einzelstaatensteuern der Einzelstaaten, je nach deren Leistungsfähigkeit. Da Singer die Westfälischen sozialen Bedenken, als mit den neulichen hochpatologischen Niederschlagen von der Freude an des Reiches Herrlichkeit im Widerspruch stehen, ironisiert, meint Bößig, daß ein solcher Widerspruch nicht vorhanden sei und die Freude am Reich mit Erhaltung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten in Verfassungs- und Steuerfragen nicht kontrastiere. Der Reichsschach setzt klar vor sich die Ansicht, daß der Gedanke einer progressiven Vermögenssteuer schon in der Einkommenssteuervorlage zum Ausdruck käme und bestätigt, daß diese und sämtliche anderen Vorlagen so wenig Gegenstand bei der Kommission gesessen haben. Nachdem sich Dr. Wiemer (FBP.) im zustimmenden Sinne zu dem Antrag geäußert, erklärt Gröber (S) daß die Annahme des sozialdemokratischen Antrages unmöglich sei. Er sowohl wie später sein Fraktionskollege Herold bekämpfen denselben mit so eindrücklicher Gegnerhaft, daß von der lauwarmen Freundschaftserklärung ihres Kollegen Müller nichts, absolut gar nichts mehr übrig blieb, nicht einmal die Aussicht auf eine anderweitige, gerechtere Verteilung der Materialarbeitsätze. Manifestlich Herold erwähnt sich als der wahre Fanatiker des individuellen Steuer systems und meint, daß ein Sturm der Entrüstung unter den Arbeitern entstehen würde, wenn sie plötzlich statt der indirekten direkte Steuern zahlen müssten, worauf ihm Knoppe & Hiele erwidert, daß die Sozialdemokratie den Sturm nicht zu fürchten hätte, der entstehen würde, wenn die Arbeiter statt 80 Mk. indirekter Steuern in Zukunft nur noch vielleicht 10 Mk. zu zahlen hätten. Nachdem sich noch der christlich-soziale Burkhardt für den Antrag ausgesprochen, trost der manchmal Bedenken, die er dagegen habe, wie der Antrag mit 18 gegen 10 Stimmen (Soz. und Frei., Pole und Burkhardt) abgelehnt.

Der Wahlrechtskampf in Sachsen nimmt seinen Fortgang. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Dreiklassenwahlsystems zum sächsischen Landtag werden am 3., 4. und 5. März dieses Jahres in ganz Sachsen Protestversammlungen abgehalten werden mit dem Thema: Beharre Deutsches Dreiklassenwahlrecht in Sachsen!

Den „Kerls“ Diäten. Zur Reichstagsdiätenfrage erschafft die „Tägl. Rundschau“, daß das Gesetz keine zweigeteilte so früh dem Bundesrat zugehen werde, wie ursprünglich angenommen wurde. Im Gegensatz zu den süddeutschen Bundesstaaten, die in den Landtagen ihre zustimmende Stellung zur Diätenfrage zum Ausdruck brachten, hätte Preußen bis in die neuere Zeit an seinem Widerspruch festgehalten. Es liegt daher augenblicklich die ganze Frage dem preußischen Ministerium zur Prüfung vor. In der Prüfung Preußens sei nicht zu zweifeln, aber man wolle wenigstens mit der Erwähnung der Diäten auch wirklich das erreichen, was für ihre Notwendigkeit stets angeführt wurde: beschlußfähige Reichstagsitzungen. Aus diesem Grunde werde das Diätengebot ziemlich scharfe Kontrollmaßregeln enthalten.

Österreich-Ungarn.

Ins Manseloch gekrochen sind die ungarischen Oppositionellen; sie haben beschlossen, die trotz der Parlamentsauflösung einberufene Reichstagsitzung nicht abzuhalten. Das Oppositionsteuer ist schnell verpufft!

Ein Hochverratsprozeß. Die Wahlrechtsbewegung hat auch in Österreich der Arbeiterklasse allerlei Verfolgungen und Schikanierungen eingetragen. Dieser Tag: wurde in Jungbunzlau gegen zwei Redakteure des in Nürnberg erschienenen sozialdemokratischen Blattes „Schach an die“ wegen Hochverrat verhandelt. Am 11. Dezember war in diesem Blatte ein Artikel: Die Vorzeichen des Sturmes und ein Gedicht erschienen, in denen zum Kampf für das Recht des Volkes aufgerufen wird. In diesem Artikel kam das Wort Patriade vor. Der Vortreffliche ersegte, nachdem das Pflichtexemplar an die Behörde bereits abgegeben war, das Wort Patriade durch Generalstreik. Gegen die beiden „Verbrecher“ war ein hochgradiges Gefahren eingetragen, sie waren zwei Monate in Haft gehalten worden und die Verhandlung wurde gehörig durchgeführt. Auf der Frage auf Hochverrat wurde den Geschworenen noch die Eventualfrage aufgezeigt der Verteilung zu unterschiedlichen Haftdauern gestellt. Die Geschworenen beantworteten beide Fragen einstimmig mit Nein, worauf die Angeklagten freigesprochen und sofort auf freien Fuß gesetzt wurden. — Unser Österreich! Preußen-Deutschland in der Welt voran — auch auf diesem Gebiete. Hei, wie lustig werden bei uns die roten Revolutionen verlaufen, das zeigt Leipzig und Dresden.

Belgien.

Die Kolonialgrenze vor der Kammer. Der Abgeordnete Bauderfeld begründete Montag vor überfüllten Tribünen eine Kapitulation wegen der Afri-

bräuge im Kongostaat und hat Unzufriedenheiten der belgischen Konzessionsgesellschaften in einer fulminanten Rede über die Ausbeutung, den Bandenkampf, die Sklaverei und die Zwangsarbeit; er widerholte die Verurteilungen des Prof. Galtiere gegen die unkontrollierbare Finanzwirtschaft, die Beschleistung und der Missbrauch des Kongogouvernements; er verlangte Rechenschaft über die Bewilligung von 103 Millionen belgischer Rentenmarken und er schrie auf Grund von Aussagen protestantischer Missionare, daß die angeklagten Missionen Blindeviel seien. Schließlich forderte er durchgreifende Verbesserungen des ganzen Regimes und die Einführung einer parlamentarischen Kommission. Der Minister des Innern bewies auf die projektierten Reformen, beschriftete die Unzufriedenheit der Personalunion und wußte die Anklagen gegen die Kongogouverneure zuwidersetzen; er schloßlich die Beendigung des Absturzes. Schließlich wurde die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag vertagt.

Schweiz.

Die Auslieferung des Polizeikommissars Stephany. Der überreichten Volksabstimmung der Schweiz mit der Verhaftung des flüchtigen ehemaligen Polizeikommissars Stephany, die von der deutschen Regierung noch gar nicht verlangt war, ist nun allerdings das Auslieferungsgeboten derselben gefolgt. Sie soll wegen „Unterschlagung im Kriege“ erfolgen, wegen angeblicher Unterschlagung von Akten, die über Stephany entschieden bestreitet, so daß man eben annimmen muß, daß sie nur ein Vorwand ist und es sich tatsächlich um politische Gründe handelt, aus denen die deutsche Regierung den Stephany in ihre Hände bekommen möchte. Er soll bestraft werden, daß er es gewagt hat, den Schleiter von Münzkürden in verschiedenen Verhältnissen des Reichslandes zu ziehen und der Regierung sehr unangenehme Enthüllungen zu machen. Der Entscheid über das deutsche Auslieferungsgeboten steht nun beim Bundesrat in Davos. Wie er ausspielen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Nach Lage der Dinge möchte man die Ablehnung der Auslieferung als etwas selbstverständliches betrachten. Aus der bezüglichen Frage des Bundesgerichts sei nur ein Fall angeführt. Vor mehreren Jahren wurde in Neuenburg der italienische Anwalt Tesset verhaftet, weil er angeblich an der Ermordung des Königs Humbert beteiligt gewesen sei. Er bestreitete erschieden jede Schuld, was ihm jedoch nicht half; er wurde an Italien gebracht, gebunden wie ein wildes Tier, ausgesiebt. Nachdem er über in Italien eine zeitlang in Untersuchungshaft gesessen, wurde er wegen Schuldlosigkeit wieder freigesetzt. Das höchste Gericht der demokratischen Schweizer-Republik hatte sich umsonst mit einem Henkersdienst beschäftigt.

Japan.

Letzter beschlossen, wie durchgeführt. Nach einer Melbung der „Times“ aus Tokio nahm das Abgeordnetenhaus die Regierungsvorlage an, nach der die Kriegsschuld des Landes, die sich im Jahre 1907 auf annähernd 1822 Millionen Yen beliefen wird, im Jahre 1939 vollständig getilgt sein soll, wobei in der Zwischenzeit sechs Milliarden Yen vorgesehen sind. Die innere Schuld, die mit dem Kriege nicht zusammenhängt und rund 575 Millionen Yen beträgt, soll nach dem Entwurf bis zum Jahre 1942 vollständig getilgt sein. Das Vorhaben ist ja recht lästig, aber mit dem Beschluss ist es noch nicht getan. Um ihn zur Ausführung zu bringen, müßte Japan jährlich 140 bis 150 Millionen Mark zur Schuldenentlastung aufzubringen, wozu noch die Zinsen kommen, die vorerst mindestens 200 bis 250 Millionen Mark betragen. Das könnte doch weit über die Leistungsfähigkeit des noch immer nur armen Landes hinausgehen.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des Süddeutschen Volksboten

Berlin, den 21. Februar 1906.

49. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaat: Dr. Rittermann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Sitzung des Antrages Albrecht (SD) und Genossen betr. Einführung von auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählten Volksvertretern in allen Bundesstädten.

Dr. Herfeld (SD): Unser Antrag richtet sich in erster Reihe gegen Preußen und Sachsen. Die 1300000 sozialdemokratischen Stimmen, die trotz des Dreiklassenwahlsystems, trotz öffentlicher und indirekter Wahl und trotz des Lohnausfalls bei den letzten preußischen Landtagswahlen abgegeben wurden, so daß wir nach der Stimmenzahl die zweitstärkste Partei Preußens wurden, haben nicht ausgereicht, auch nur einen einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten in das Dreiklassenparlament zu bringen. Und im sächsischen Landtag fand auch nur ein Sozialdemokrat. Ginge es nach der Gerechtigkeit, so müßte unser Antrag hier sofort angenommen werden. Aber es geht nach der politischen Macht, und unser Antrag ist nichts als eine Stufe auf dem Wege zur politischen Macht der Sozialdemokratie. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Kompetenzen der bürgerlichen Parteien sind nur ein leerer Vorwand. In Wirklichkeit handelt es sich für Sie um die Erhaltung Ihrer politischen Macht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was ist inzwischen draußen gegehört? Der geschäftsführende Ausschuss der bürgerlichen Klassen, das preußische Ministerium, hat am 21. Januar gegen die Sozialdemokraten Armeeförps mobilisiert, um ihre friedlichen und gesetzlichen Bestrebungen für das allgemeine Wahlrecht in einem Blutbad zu zerstören. (Bachen und Huber rechts.) Keine bürgerliche Zeitung, kein bürgerlicher Abgeordneter hat gegen diese Maßnahmen protestiert. Und nicht nur die uniformierte Armee, auch die nicht-uniformierten Staatsanwälte und Beamten hat der Ministerpräsident gegen uns mobil gemacht. Als dann unsere Versammlungen trotz der ungeheuerlichen Provokation durch unserer Disziplin in voller Ruhe verlaufen waren, da forderte im Landtag ein bürgerlicher Abgeordneter die Anwendung der äußersten Strenge gegen die Sozialdemokratie. Nicht ein einziger Abgeordneter protestierte dagegen, ja der Justizminister Dr. Befeler erklärte, daß er erst kurz zuvor die Staatsanwälte angewiesen habe, energisch und streng vorzugehen. Auch gegen diese unglaubliche Prostitutition der Justiz erhob sich kein Protest. Der Justizminister bedauerte zwar, den Richtern keine direkten Anweisungen geben zu können, aber unsere Richter hören das leiseste Summen der justizministerialen und rechtsanwaltschaftlichen Fliege von selbst. (Heiterkeit b. den Soz.) Auch gegen diese unglaubliche

Prostitution der Justiz hat kein bürgerlicher Abgeordneter protestiert.

Präsident Graf Ballerstrem rief den Redner zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Herfeld (fortfahrend): Der „weiße Schrank“ herrscht jetzt in Preußen. Schon sind brave und treue Männer auf Grund des § 120 zu unglaublich hohen Strafen verurteilt worden, weil sie angeblich zu Gewalttätigkeit aufgerufen haben sollen. Der § 120 ist eine Erfindung der Mantuaerseitschen Reaktion und richtete sich gegen die bürgerliche Demokratie. Das sollten Sie doch beide noch nachschauen. (Burk b. d. Soz.: Nein, das können Sie nicht!) Daniels überlegte Professor Befeler, der Vater des jetzigen Justizministers, Macaulay: englische Geschichte, um der deutschen Bourgeoisie zu zeigen, daß die Klassenjustiz unter Zeit der Stuarts in England jetzt ihre Rechtheilung stand. Und heute kommt der Sohn, der Minister, und beweist durch die eigene Tat, daß unsere heutige Klassenjustiz noch schlimmer ist; als die englische vor 250 Jahren. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Inzwischen haben wir die Freude erlebt, daß Graf Posadowsky erklären mußte, die Regierung werde sich vom gleichen geheimen und direkten Wahlrecht nicht abwenden lassen. Leben der russischen Revolution verdankt das deutsche Volk der Sozialdemokratie die Abgabe dieser Erlösung. Trotz allerdeutlich Wenn Sie auch äußerlich den starken Mann spielen, unser Wahlrechtsantrag markiert, Sie wissen, was hinter dem Reichstagswahlrecht steht und daß man auf die Dauer nicht der 8 Millionen deutscher Männer woffnen darf. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Redner geht dann auf die Zustände in Mecklenburg näher ein, schildert die Rückständigkeit der Feudalverfassung und die Schwachmäßigkeit der bürgerlichen Parteien in Mecklenburg. Für die Sozialdemokratie gibt es dort überhaupt kein Vereins- und Versammlungsrecht. Zu einem Ausbau der mecklenburgischen Verfassung wird es nie kommen, so lange nicht Reichstag und Regierung die mecklenburgischen Stände dazu zwingen. Redner polemisiert dann gegen den Abg. v. Malzahn, der behauptet hatte, daß die Sozialdemokratie die industrielle Entwicklung Mecklenburgs schädige, und gibt eine Darstellung des Streiks in der mecklenburgischen Waggonfabrik in Güstrow, sowie bei der Neptun-Werft. (Auseinander: Zur Sache!)

Präsident Graf Ballerstrem: Was zur Sache gehört, entscheide ich. Der Redner antwortet auf Angaben eines früheren Redners.

Herfeld (fortfahrend): Die Direktion der Neptun-Werft verfolgt konsequent den Zweck, die Löhne zu drücken, die Tarifverträge aufzuhören und die Organisationen der Arbeiter zu vernichten. Solche Vorgänge wären unmöglich, wenn sie in einem auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählten mecklenburgischen Parlament zur Sprache gebracht werden könnten. Wir werden mit unserm Antrage immer wieder kommen, bis er angenommen wird. Das braucht die breite Masse des Volkes, die Sozialdemokratie, um ihre Ziele auf friedlichem und gesetzlichem Wege durchzuführen. Die Nationalliberalen brauchen ihn nicht: ihr Ideal ist Wirklichkeit geworden, Herr Büstings Ideal, das Ideal der Freiheit des Profits, der Ausbeutung, das Ideal einen Orden zu erlangen oder für den Bruder, Sohn oder Schwiegersohn ein Posten in Zivil oder beim Militär. Unser Ideal ist anders, wir wollen das deutsche Volk zur Kultur erheben aus der Barbarei. (Bachen rechts.) Sie lachen, aber ein großer Teil des Volkes lebt in der Tat noch in schmachvoller Barbarei. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir werden nicht ruhen und rasten, bis unser Antrag erfüllt ist. (Bravo! bei den Soz.)

Freiheit v. Malzahn (R.) hält seine Angaben über den Streik in Güstrow und auf der Neptun-Werft aufrecht und verteidigt die mecklenburgische Verfassung. Wir wollen das Gute, Liebe, was unsere Verfassung hat, in die Zukunft hinübertragen. (Lebhafte Beifall rechts, Lachen links.)

Dr. Göder (R.) erklärt im Namen der Christlich-sozialen, daß er den Antrag, der nur ein sozialdemokratisches Vorstoß sei, strikt ablehne. Wir haben gegen Sie nur Kampf! (Burk b. d. Soz.: Ist das christliche Liebe und Würdigung?) Ein Sozialdemokrat sollte solche Worte überhaupt nicht in den Mund nehmen. Jeden Tag schneiden sich die Herren gegenseitig die Ehre ab. „Das Reich“ bringt jeden Tag eine Zusammenstellung: „Aus dem Parteiusp“. Kein Sumpf auf Erden reicht so übel. (Burk b. d. Soz.: Der „Sumpf“ ist ja in Ihrem Blatte! Heiterkeit rechts.) Es werden ja aber nur Materialien aus Ihrer Partei da hineingeworfen. (Heiterkeit.) Redner verliest die Erklärung des Vorstandes der Buchdruckerorganisation gegen die „Leipziger Volkszeitung“ und die Erwiderung der „Leipziger Volkszeitung“ darauf. Das ist ja Ihr Repertoire, das Repertoire einer Partei, die die Menschheit in eine bessere Zukunft hineinführen will. (Sturm und Heiterkeit rechts.) Wenn Sie auch die Hamburger Kramalle von Ihren Nachköpfen abhüpfeln wollen, so billigen Sie doch die russische Revolution. Wie das zutreffende deutsche Volk betrogen und belogen wird, zeigt der „Vorwärts“, der da behauptet, daß die baltischen Gutsbesitzer ihre Güter selber anjezündet hätten, um die Versicherungsbeiträge zu erhalten. Wer so etwas glaubt, muß noch dümmer als Kreuzbagelkämmen sein. (Heiterkeit.) Das wir Menschen, die eben von der russischen Revolution profitieren, nicht noch die Tür zu den Landtagen öffnen, damit sie auch dort ihre verwüstende Tätigkeit entfalten, versteht sich von selbst. Im Reichstage sind keine Vertreter des überseeischen Handels. Das zeigt, wie notwendig wir eine Vertretung nach Berufsständen brauchen. (Burk b. d. Soz.) Von Handel und Industrie vertreten Sie doch nichts! (Erneute Burk b. d. Soz.) Nur auf die Niederei – ohne „h“ – versteht Sie sich ausgezeichnet. (Heiterkeit.)

Wildberger (El.) erklärt gegenüber dem Abg. Blumenhal, daß seine Partei im Landesausschluß für das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht eingetreten sei.

Golumbez (Hosp. der NB): Wir kenn' denn den Volkswillen in Elsass-Lothringen? Die Sozialdemokraten wollen ihn besser kennen als die Einheimischen. Möglich! (Heiterkeit.) Ich habe aber eine andere Auffassung. Redner polemisiert gegen den Wahlspurh: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Freiheit des Bürgersstaates macht mir Angst, von Brüderlichkeit will ich auch nicht reden. (Heiterkeit links.) gegen die Geburtsungleichheit sind auch wir, wir wollen die Gleichheit nach der Leistung und der Tüchtigkeit. (Gelächter bei den Soz.)

Berntstein (SD): Herr Stöcker, der Mann des Scheiterhausbriebs, hat kein Recht, über den Ton innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu reden. Seine Rede erinnert an jenes Wort des Flora Gatz, der Geliebte des Freiherrn v. Hammerstein, an den der Scheiterhausbrieft gerichtet war: Kommunisten seid Ihr doch alle! (Sehr links.) Die russische Revolution ist keine sozialdemokratische Revolution. Die russische Regierung, die dem Volke jeden Schimmer geistiger Bewegungsfreiheit versagt hat, ist selbst Schuld an den jetztigen Zuständen. Wer hat denn in Russland geplündert und geldet? Nicht die sozialdemokratischen Industriearbeiter, sondern die armen, un-

wissenden, gemarterten Bauer. Für ihr Morde, Plündern und Bestören kann man eine Partei nicht verantwortlich machen, die alte politischen Streitigkeiten auf der Tribüne mit dem Stimmzettel — mit der Organisation und der Ausklärung aufzulösen weiß. (Sehr wahrs b. d. Soz.) Niemand von vielen Babelworten, die Herr Süder vergessen hat, befindet sich auch das vom Später und vom Balken. Es gehört der Sinn eines Pharisäers dazu, einen großen Kampf um's Recht dadurch zu verhindern, daß man auf die Toten inhumanerer Elemente hinweist, wie sie bei den Karawassen in Hornburg vorgekommen sind. Ob baltische Adlige selbst ihre Schlosser angezündet haben, um die Brüder einzustechen, wird sich hier nicht feststellen lassen. Bei der Pariser Kommune aber haben einzelne Haushalte so gehandelt, und das ist gerichtig festgestellt. Als Herr Süder noch Chef der Berliner Bewegung war, hat man seine christliche Liebe so feinen gezeigt. Herr Süder behauptet, die Interessen des Handels seien hier nicht vertreten. Das ist ein großes Kompliment für Herrn Dr. Gatzler. (Heiterkeit b. d. Soz.) Wenn Herr Süder als Berufshändler hier vertreten haben will, dann tritt er doch für das Proportionalwahlrecht ein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Graf Posadowsky meinte zu unserer Forderung, — nur die allerlärmsten Städter wählen ihren Abgeordneten selber. So spricht man vom Machtkampf einer Partei aus, aber nicht als Staatsmann. Wenn er aber weiter glaubt, daß die Sozialdemokratie doch nicht die Mehrheit bekommen würde, dann können ja die Städter, die er meint, ganz ruhig sein. Die politische Grundlage des deutschen Reichs kann unabdinglich auf die Dauer eine andre sein, wie die einzelnen Bundesstaaten. Wir werden jedenfalls nicht aufhören, immer wieder die Aufhebung des elendesten aller Wahlrechte zu fordern. Immer drohender wird das Volk seine Stimme erheben. Ich mache Sie (nach rechts) deshalb, warten Sie nicht bis Zeitlupe kommen, in denen die Arbeiterschaft Ihre Forderungen selbst auf anderem Wege durchsetzt. Hören Sie jetzt die Stimmen! Fort mit dem Dreiklassenwahlrecht, für das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

v. Gerlach (FBg.) erklärt, daß er persönlich für den ganzen Antrag gestimmt hätte, aber aus rein praktischen Erwägungen gegen den zweiten Teil des sozialdemokratischen Antrags, das Wahlrecht der 20-jährigen und das der Frauen, stimmen werde! Er sei zwar ein alter Befürworter des Frauenwahlrechts, wollte den Antrag aber nicht mit diesem Gepäck beladen. Das Dreiklassenwahlrecht hat hier niemand zu verteidigen gewagt, während man sich in der Presse und im Vandaltag gern auf seinen Boden stellt. Herr Süder ist wieder für das Berufswahlrecht eingetreten. Aber sein sonst so beredter Mund hat wieder verschwiegen, wie er sich dieses Wahlrecht näher denkt, wieviel Stimmen er den Großgrundbesitzern, wieviel et den Arbeitern einzumessen will. Im Gegensatz zu ihm begrüßt ich diese dreitägige Debatte, die einen deutlichen Strich zwischen den Ja — aber Gegnern und den Ja — also Freunden des demokratischen Wahlrechts zieht. (Bravo! links.)

v. Kardorff (Sp.): Der Hauptbeweggrund für die soziale Gesetzgebung war dem Fürsten Bismarck sein Gewissen, sein warmes Herz für die Arbeiter. Wiederholt hat er aber auch betont: Ein notwendiges Korrelat der sozialen Gesetzgebung ist die Ausnahmegefegegebung gegen die Umsturzpartei. In die russischen Dinge wollen wir uns nicht einmischen, aber die Geschichte lehrt, daß ein strenges zaristisches Regiment schon oft die Revolution in segensreicher Weise abgelöst hat. Ich erinnere an Napoleon I. und den III. Der Abg. Bebel hat sich auch hier auf ein Wort des Prinzen Ludwig von Bayern berufen. Höflinge von Beruf werden Herrn Bebel um seine Geschicklichkeit in der Schmeichelerei jedenfalls beneiden. Ich persönlich bin gegen alle derartige höfliche Kunst, gegen alle Umschmeichelung der Krone ebenso wie der Massen. Herr Bebel scheint für beides zu sein. (Große Heiterkeit rechts.) Ich möchte dem Prinzen Ludwig eine andere gewichtiger Autorität entgegenhalten. (Burk bei den Soz.: Bismarck!) Den Fürsten Bismarck! (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Bebel befreit sich auf das althergebrachte Prinzip der Wehr- und Wahljährigkeit. Über die alten Germanen kannten keine geheime Wahl. Das allgemeine Wahlrecht erkenne ich auch noch heute praktisch als berechtigtes Prinzip an; aber die Heimlichkeit steht mit den besten Eigenschaften des germanischen Blutes in Widerspruch. (Heiterkeit.) Noch niemand ist es eingefallen, eine Änderung der Stimmversetzung zu verlangen. (Bachen und Widerspruch b. d. Soz.) Wenn Sie selbst aber eine beantragen, so kann es ja auch einmal umgedreht kommen. (Bachen b. d. Soz.) Das allgemeine Wahlrecht, auch auf die Einzelstädte und Kommunen ausgedehnt, führt zur Herrschaft der Masse, die nicht zur Herrschaft berufen ist. Jedenfalls hat die lebige Haltung der Sozialdemokratie und die russische Revolution das auch mir an sich nicht sympathische Dreiklassenwahlrecht nicht erschüttert, sondern festigte. (Sehr wahrs rechts.) Periodische Echtigkeit kann noch immer die tiefe Lust überwinden, die leider das Volk von den höheren Ständen trennt. Auf eine Aufforderung von mir in der „Schlesischen Zeitung“ haben sich 120 solcher Männer gemeldet. (Hört! hört! rechts.) Das waren allerdings keine organisierten Sozialdemokraten, die nur auf den Staat und die Wahlrechtsänderung vertrauen. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Bebel (SD): Ich will nur Herrn v. Kardorff antworten. Bismarcks von ihm bestimmte Neuordnung über die Sozialreform fiel 1884 und lautete, daß, wenn nicht eine Menge von Leuten sich vor den Sozialdemokraten sticht, selbst die möglichen Fortschritte noch nicht existieren würden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das entsprang ebenso wie das allgemeine Wahlrecht Bismarcks zäsuristischen Gedanken. Über der Befreiung ist wie die Revolution ein Zeichen unausgeglichener schärfster Klassegegensätze. Wir haben die russische Revolution nie verherrlicht. Wir haben uns nur bemüht, ihre Ursachen klar zu stellen und darauf hinzuweisen, daß die Vermeidung der notwendigen Reformen überall das gleiche Resultat hervorrufen würde. Hat übrigens nicht auch das deutsche Bürgeramt die italienischen Freiheitskämpfer und andere Revolutionäre aufs wärmste unterstützt. Herr v. Kardorff hat wieder einmal nach einem Ausnahmegefegege gegen die Sozialdemokratie gerufen, aber sein Heros Fürst Bismarck hat mit dem Sozialreformgefege recht schlechte Erfahrungen gemacht, und aus einem neuen würden wir uns gar nichts machen. (Oho! rechts.) Mit Gewaltgesetzen hat auch Bismarck im Kulturspalt das Zentrum zu überwinden gesucht, und — heute ist Herr v. Kardorff gezwungen, den Schleppenträger dieser eins zu verschlagen Partei zu spielen. (Sehr richtig! links.) Auch das Polentum hat Sie heute tatsächlich schon unter. (Sehr wahrs b. d. Soz.) Herr v. Kardorff sollte nicht bestreiten, daß seit 30 Jahren kein ernsthafter politischer Fortschritt in Preußen erzielt worden ist. Es war Selbstverständlichkeit, daß man in Preußen einst vorrichtig, die Verwaltung Elsass-Lothringen ausschließlich den süddeutschen Staaten zu überlassen. (Sehr wahrs b. d. Soz.) Preußische Prinzen von der Kultur des bayerischen Thron-

Inventur- Ausverkauf

Gebrüder
Hegi
LÜBECK
Untertrave
111/112.

1 Posten prima

Satin-Bezüge

sonst 4.50 Mk.
jetzt **2.75** Mk.

1 Posten elegante

Damen - Wäsche

teils leicht angestäubt
mit **25%**.

Tuch-Sommer- Unterröcke

teils für die Hälfte.

1 Posten weiße

Hohlsaum-Taschentücher

sonst 4.75 Mk.
jetzt Dtzd. **3.25** Mk.

1 Posten keine

Damast - Bezüge

sonst 15.50 Mk.
jetzt **10.50** Mk.

Ca. 1500 Meter

bunten Parchend

sonst 40-80 Pf.
jetzt **25-50** Pf.

Kinderschürzen

bedeutend billiger.

Tändelschürzen

von **15** Pf. an.

Gardinen, Bettdecken,

wollene Decken,

Betten, Bettfedern,

Daunen, Bettstellen.

Günstigste Gelegenheit
für ganze

Brautausstattungen.

Trotz dieser billigen Preise

rote Lubeca-Marken.

Buschholz u. Erbsbusch
unentgeltlich abzuholen abends von 5-7 Uhr u.
Sonntags morgens 7 Uhr Luisenstraße 1

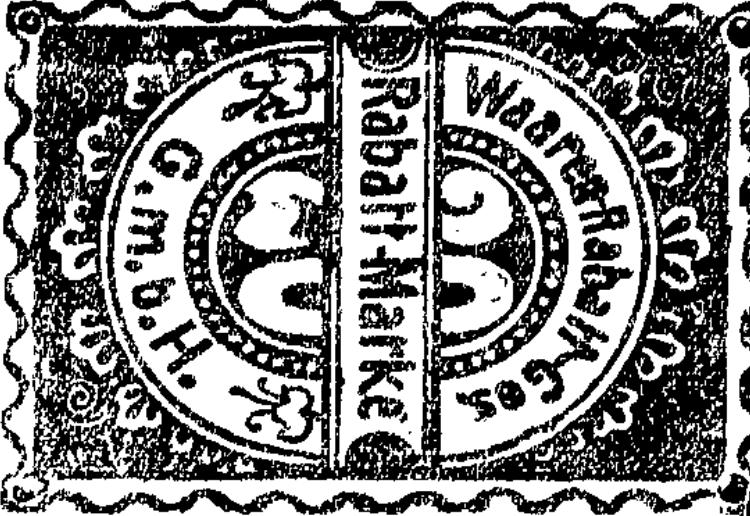
Alte Töpfe werden mit starken Böden ver-
sehen und wieder neu emailliert
Ennestr. 81.

Niederlage der Somen-Handlung
von Ernst & von Spreckelsen - Hamburg
Th. Jürgens, Sennestr. 2.

Bürgerlicher Mittagstisch
Alfstrasse 39.

**Nächster Gratismarken-Tag:
Sonnabend, 24. Februar**

10 Schmiedebader 10



10 Schmiedebader 10

(Zwischen je 10 Gratismarken muss sich
eine größere Anzahl gesammelter Marken
befinden.)

Die im Umlauf befindlichen Ge-
rächte, daß die grünen Rabattmarken ein-
gehen, sind böswillig erfunden und ent-
behren jeder Begründung.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Montag den 26. Februar 1906

abends 8½ Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.

Tagess-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1905.
2. Berichterstattung des Aussichtsrates über die vorgenommenen Re-
visionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Besoldung des Obermüllers.
4. Neuwahl des Kassierers und dreier Aussichtsratsmitglieder.
5. Verteilung des Reingewinns.
6. Abänderung des § 1 unseres Statuts.
7. Bewilligung einer vorzunehmenden Grenzregulierung, serner Gelder
für den Neu- resp. Umbau der Grundstücke Johannisstraße 46—52
sowie Vergabe der Arbeiten.

An dieser Versammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch
Anteilscheine legitimieren müssen.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

J. Böger.

N.B. Vom 19. bis 26. Februar 1906 liegt die Billanz, sowie die Jahresrech-
nung zur Einicht der Genossen im Geschäftskontor, Lützowweg 65, aus.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

Einladung zum

Winter - Vergnügen

verbunden mit Theater-Aufführung, Rezitationen und Ball

am Sonntag den 4. März 1906

im „Vereinshaus“, Johannisstraße No. 50—52.

Anfang 5 Uhr.

Eintritt für Herren 50 Pf., eine Dame frei.

Einzelne Damen 20 Pf., weiß für Garderobe.

Ende 2 Uhr.

Das Komitee.

Freihändiger Verkauf
zu außergewöhnlich billigen Preisen

Breitestraße 11

gr. Weckuhren	1.80
kl. Weckuhren	1.50
kl. Standuhren	1.20
Küchenuhren	3.00
silb. Herrenuhren	7.60
Mädel-	5.75
echt goldene Ringe, gestempelt	3.00
Mt. 2.00 und	3.00
Uhrketten	.50
Wringmaschinen	1.00
Polyphonaden, Marke „Globus“	.20
4 Schachteln	
Gloee-Leder-Creme,	
3 Schachteln	
6 Sofas, neu (Blüsch)	30.00
Auktionator	
Albert Mohrmann.	

Ein großer Posten sehr starke und gute
Herren-, Damen- und Kinder-Uhren
soll Wahnangel wegen in Wirklichkeit spott-
billig verkauft werden.

38 Marlesgrube 38.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck **Otto Albers** 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Ver-
arbeitung und sehr billige Preise. W. H.

Hochhosen . 1.80-8.46

Mauerhosen . 2.00-6.73

Schlosserhosen . 1.88-5.25

Überziehhosen . 0.88-2.06

Zwischenhosen . 1.88-3.25

leichte Jaden, schräge und gerade, 1.20

Kragen, Hemden, Schlachterjaden, Arbeitshosen,

Maler-Mäntel erstaunlich billig

Mäntel von 30 Pf. bis 1.60 Mk.

Oeffentliche Kartell-

Versammlung

am Freitag den 23. Februar

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Zugestellt werden

Jahresberichte Abrechnungen, Neuwahl der
Kartellkommission und der Aufsichtskommission für
das Arbeiter-Sekretariat. Eingänge.

Vollzähliges Erscheinen der Delegierten ist er-
wünscht.

Die Kartellkommission.

General-Versammlung

der Männer- u. Frauen-Sterbekasse

„Amicitia“

am Sonnabend den 24. Februar

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Z.O.: 1. Abrechnung 2. Wahlen. 3. Ver-
schiedenes.

Der Vorstand

Einladung zu

■ BALLE ■

der Arbeiter u. Arbeiterinnen der

Fischkonservensfabrik Heinr. Ihde Nf.

am Freitag den 23. Februar

im Lokale des Herrn Borgwardt,

Zentral-Hallen.

Kassenöffnung 6 Uhr.

Ende: morgens.

Preis 1 Pf.

Das Komitee.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Etg.

Neu! Neu! Neu!

St. Petersburg

und Besichtigung des kaiserl. Palais

Zarskoje Selo.

Stadttheater.

Freitag den 23. Februar 8 Uhr.

101 Bonn. Vorst.

18. Freitags-Nr.

Die beiden Leonoren.

Wühspiel in 4 Akten von Paul Lindau.

Sonntagnach: Kleine Preise.

Einmaliges Gastspiel VIOLA PAPST

vom Hoftheater Schwerin.

Alt-Heidelberg.

Zeitungsliefer-Pacht ist nur bei bestem Interesse mit Ausnahme der Zeitzeit „Röder und Wabern“ abzugeben, sowie bei den F. L. geschätzten Artikel und Werken: Artikel und Werken: Tagblatt 25 Pf.

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 45

Freitag, den 23. Februar 1906

13. Jahrgang

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Ein sozialdemokratischer Erbschaftsteuer-Gesetzentwurf. Die Regierungsvorlage schlägt bekanntlich (im § 12) eine Erbschaftsteuer vor, die je nach dem Verwandtschaftsgrade 4 bis 10 Prozent betragen soll. In den Paragraphen 13, 14, 15, 17 sind Ausnahmen zu Gunsten der Deafendanten, Rüthen, Fürsten, Großgrundbesitzer usw. vorgeschlagen. Seitens der sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission zur Vorberatung des Erbschaftsteuergesetzes (Singer, Albrecht, Bernstein, M. H. Müller, Südelius, Thiele) ist vorgeschlagen, unter Belebung der Paragraphen 13, 14, 15, 17 dem § 12 der Regierungsvorlage folgende Fassung zu geben:

"Die Erbschaftsteuer beträgt:

		für jede
I. a)	eins vom Hundert	2.001 bis 3.000 Mr.
b)	zehnthalb	3.001 " 5.000 "
c)	zwei	5.001 " 10.000 "
d)	drei	10.001 " 20.000 "
e)	vier	20.001 " 30.000 "
f)	fünf	30.001 " 40.000 "
g)	sechs	40.001 " 50.000 "
h)	sieben	50.001 " 75.000 "
i)	acht	75.001 " 100.000 "
j)	neun	100.001 " 200.000 "
k)	zehn	200.001 " 300.000 "
m)	elf	300.001 " 400.000 "
n)	zwölf	400.001 " 500.000 "
o)	dreizehn	500.001 " 1.000.000 "
p)	vierzehn	1.000.001 " 5.000.000 "
q)	fünfzehn	5.000.001 " 10.000.000 "
r)	sechzehn	10.000.001 und darüber.

II. Die Anteile an der Nachlassmasse, die auf Grund gesetzlicher Erbsfolge über laut testamentarischer Bestigung des Erblossers an Erben oder als Legate zu verteilen sind, sind nach Abzug der vorbezeichneten Steuerbeträge von der Nachlassmasse festzustellen und sind sodann für sie noch folgende weitere Steuerbeträge zu Lasten der Empfänger zu entrichten:

1. fünf vom Hundert für solche Erbanteile, die auf Verwonne des Erblossers entfallen, welche nicht gesetzliche Erben der ersten, zweiten oder dritten Ordnung (B. G. B. §§ 1924, 1925, 1926) sind;

2. zehn vom Hundert für solche Erbanteile, die auf testamentarisch bedachte Nichtverwandte entfallen.

Wirkung. Uneheliche Kinder sowie alle an Kindesstatt angenommenen Kinder sind hierbei der ehelichen Kindern, unbürtige Geschwister den vollbürtigen Geschwistern gleichzusehen."

Für die Berechnung der Erbschaftsteuer wird folgender Modus vorgeschlagen:

"Die Erbschaftsteuer wird für die Erhebung auf Grund von § 12 I nach dem Wert des Gesamtnachlasses, für den Zweck von § 12 II nach dem Gesamterwerb jedes der Erben oder höchstens Bedachten aus der Erbmasse und seinem Verwandtschaftshalt zu zum Erblassen berechnet."

Der sozialdemokratische Vortrag verlangt ferner die Anfügung eines Paragraphen folgenden Inhalts:

"Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes treten die Abgabe auf den Zoll auf Gold (Salzabgabegesetz vom 8. Mai 1867 mit Nachträgen und Nr. 280 des Zollgesetzes vom 25. Dezember 1902) sowie der Zoll auf Petroleum und sonstige Mineralöl- und fossile Rohstoffe (Nr. 239 des Zollgesetzes vom 25. Dezember 1902) einer Erhebung."

Die Anträge kommen dieser Tage zur Beratung in der Kommission.

Eine sanfter Druck. Wie sich herausstellt, hat der Norddeutsche Reichstag keineswegs die gewünschte Freiwilligkeit für die Studierfahrt von Reichskanzlerabgeordneten nach Ostasien

ganz freiwillig gestellt. In dem Schreiben des Norddeutschen Lloyd an den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg heißt es: „Wie Ew. Hoheit aus dem Programm ersehen wollen, haben wir uns bewußt, den Wunschen Ew. Hoheit für die Ausführung dieser Studienreise nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, und stellen wir nunmehr Ew. Hoheit 20 Blätter an Bord der in dem Programm genannten Dampfer zur Verfügung. Sollten Ew. Hoheit noch weitere Blätter wünschen, so werden wir gern bereit sein, solche Wünschen, soweit der Platz reicht, Rechnung zu tragen.“ — Wir haben also dem Lloyd Unrecht getan, wenn wir meinen, er habe die Freiwilligkeit herausgerufen, um sich nicht lumpen zu lassen. Hier muß es heißen: Ihr Wunsch war mir bestellt! Die Reichsboten, die nach „Studienreisen“ hungrig und dürstig, werden sich keine Skrupel machen, auf welchen Wege sie zu den Freibilläten kommen.

Die Jämmerlichkeit des sächsischen Parlamentarismus trat in der Freitagsitzung der zweiten sächsischen Kammer auf recht drastische Art zutage. Das Präsidium wollte den ganzen Kultusstatut (Kirchen, Hochschulen, Gymnasien und Volksschulen) für Montag auf die Tagesordnung setzen, obwohl der umfangreiche Bericht der Staatsdeputation eben erst in die Hände der Abgeordneten gelangt war, so daß ein eingehendes Studium der schwierigen und komplizierten Materie gar nicht möglich war. Der freisinnige Günther und Gnossen Goldstein erhoben dagegen Einpruch, indem sie bewiesen, daß eine gründliche Beratung des Kultusstatuts statt finde. Der nationalliberale Vizepräsident Dr. Schill, der in Abwesenheit Rechenschaft des Reichs führt, erklärte darauf, die frühe Ansprache des Kultusstatuts zur Plenarberatung habe sich völlig gemacht, weil die Regierung dessen Erledigung vor Amttritt des neuen Kultusministers wünsche und der Geheimrat Günther Mittwoch mit dem König nach Leipzig reise. Der reaktionäre Flügel der Konservativen wollte jedoch, wie aus den Ausführungen des Abgeordneten Höhne erklingt, von einer Verschiebung der Tagesordnung nichts wissen, dagegen trat der Liberaler Langhammer sehr energisch gegen die frühe Ansprache des Kultusstatuts auf und die nationalliberalen Parteifreunde des Vizepräsidenten Schill stützten Langhammer zu. Jetzt kamen dem nationalliberalen Vizepräsidenten noch Bedenken. Weiß er aber unterdrückt, um den Fortbewegen der Kirchen entgegen zu kommen, war geradezu jämmerlich, aber es nationalliberal. Er erbat sich die Schenkung, die Schutzunterstützung zu dürfen, um mit dem Geheimrat Günther Mittwoch, der jetzt der erfährt, Kultusminister Seydel nach Dresden zu reisen, um die Ausführung der Tagesordnung Abschied zu nehmen. Und so geschah es. Der liberale Präsident machte sich auf die Triumpe zu einem Bildung zu dem Geheimrat, um ihn um die Zustimmung zur Änderung der Tagesordnung zu ersuchen. Und der Präsident hat seine Beratungsgesellschaft in beliebiger Reihenfolge zu riedigen, brach ob dieses Konsens ganz sicher zu hoffen läßt oder nicht. Er wußte vielmehr Geduldig, bis der Vizepräsident wieder kam und verkündete, es habe jetzt die Möglichkeit, — er hätte wohl am liebsten gesagt, die Erlaubnis — den Konsens später herzutragen zu lassen. Und die Kammer brachte noch immer keinen Konsens zu! Die Liberalen trieben sogar die Selbstbestimmung so weit, daß sie „Provo!“ riefen ob der Gnade des Geheimrat. Die angekündigte Tagesordnung wurde dann verschoben. Gnossen Goldstein erholt eigentlich noch mit Mühe und Not das Wort zur Gesetzestodnung, um das Verfahren zu stoppen zu können. Er lenngreichte bei der Konstitution seines Bandes, der er jetzt einen Geheimrat bildet, eine Reihe aufzuschicken, ehe er es wagt, von seinem Rechte Gebrauch zu machen, die Tagesordnung so festzulegen, daß eine gründliche Beratung möglich ist. Die liberale Vizepräsident statmerte etwas

vom Geschäftsvorhaben, das mit Konstitutionalismus nichts zu tun habe und schloß bereits die Sitzung, dem Genossen Goldstein das Wort abschließend. Er entzog nur so einer neuen moralischen Sättigung durch unseren Genossen. Die Jämmerlichkeit des Zwischenfalls tritt aber auch ohne eine nochmalige Festtagung offen genug zutage.

Schweden.

Strafverschärfung aber keine Prügel. Der Staats- und Justizminister hat den Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die bedingte Freilassung von Straftätern, die bedrohte Verurteilung sowie für gewisse Straftaten Strafverjährungen eingeführt werden sollen. Die Einführung der Prügelstrafe wird jedoch bestimmt abgelehnt. Die Strafverschärfungen sollen in härteren Nachstrafen und Dualstrafen bestehen. — Bekanntlich ist in Dänemark im vorherigen Jahre auf Betreiben des Justizministers Alberti und mit Hilfe seiner getreuen „Überalter“ die Prügelstrafe wieder eingeführt worden, und dieser Tage soll nun zum ersten Male wieder ein „Verbrecher“ durch dieses mittelalterliche Strafmittel „gepeinigt“ werden. Der Mann hatte sich in einer Herberge gegen das Pflichtpersonal vergriffen. Er selbst gab an, betrunken gewesen zu sein, wurde aber gleichwohl zu fünfmal fünf Tagen Wasser und Brot und zu 15 Minuten verurteilt!

Weltliche Weltgeschichte,

Zur diesjährigen Sozialbewegung schreibt der „Graue Stein“, das Organ des Centralverbands der Maurer, an Schiffe eines längeren Artikels: „Wie wiederholen, was schon des öfteren in „Grauer Stein“ geagt worden ist: Es lassen sich keine festen Normen aufstellen über die richtige Beibauweise des Staates; das Schablonsystem halten wir für ein Nebel. Ein gründlicher Handel in der Städtekultur ist aber unerlässlich notwendig. Die Kampfschärfheit und Schlagfertigkeit der Kollegenschaft muß unendlich höher gehoben werden, als sie heute ist; sie muß so diszipliniert sein, daß sie bereit ist, heute den Kampf zu beginnen und morgen zu beenden, und wenn es notwendig ist, ihn überwogen wieder aufzunehmen. Man hätte sich vor monatelangen Kämpfen, wo die Waffen kämpfen und die Männer miteinander kämpfen. Und steher als einen faulen Frieden reicht man, wenn es nicht anders sein kann, zur rechten Zeit eine „Niederlage“ in der Kraft.“

Die Neutralisation ihrer dreihundertfünzig Ortskrankenkassen nach Leipziger Maier haben nach einem Referat des Richterabgeordneten Höppel in einer von 1000 Leipzighern besuchten Versammlung die Angehörigen der Mäziale und Kartenlosen beschlossen.

Bei den Gemeinderatswahlen in Toulouse, die am Sonntag statt fanden, haben die Sozialisten mit 16.850 Stimmen gegen die vereinten Reaktionäre, die 10.099 Stimmen erlangt, gewonnen. Am Mittwoch von Vinoar, wo die Radikalen sich der radikal-revolutionären Koalition anschlossen, haben die Radikalen von Toulouse für die sozialistische Liste gewählt.

Mietzang, Epiphil. Unter belgisches Parteiklub „Le Peuple“ tritt das Signalement und das Porträt eines russischen Epiphil's auf, der in Deutschland und in Belgien tätig ist. Er ist klein, blond (sämtlich selten Schnecken), hat eine dicke Stirn, traurige Augen und trägt oft eine blonde Perle. In Berlin und in der Schweiz ist er bei der Auswirkung jahrelanger russischer Gewalt der Polizei häufig gesehen.

Die Namen der Vertreter der Sozialdemokratie für die Reichstagkommisionen (1. 11. 13) liegen nun in einer neuen Dividende des Reichstags vor. Die 1. Kommission für die Geschäftsförderung besteht aus den Gen. Förster, Meissner und Singer; die 2. Kommission für die Petitionen aus Albrecht, Horn Sachsen, Buns, Schwartz, Bäuerl und Enzauer; die 3. Kommission für

Märkte nahm und große Machtwollen von sich bilden, „Sie sprechen wie ein Buch.“

„Es ist das Prinzip der Assoziation,“ erklärt der Fremde, „daß Bedürfnis und die Forderung unseres Zeitalters.“

„Herr,“ sagte Nyon, „unser Zeitalter hat viele Bedürfnisse, das Hauptbedürfnis aber ist, daß der Mensch in richtiger Landeskultur ausgezahlt wird.“

Bald nachher waren leere Verträge und ergebnisse gegen die Gewalt zu bemerkern; und die Gesellschaft brach auf. Der Fremde wußte sich an Nyon und fragte ihn, wie weit es von hier nach Wodgate sei.

„Wodgate!“ rief Nyon verdutzt.

„Der Herr meint den Höllenhaushof,“ sagte einer seiner Gefährten.

„Ich bin hier zu Hause,“ sagte Nyon, „es ist aber das erste Mal, daß ich den Höllenhaushof Wodgate nennen höre.“

„In der Geographie wird er so genannt,“ belehrte ihn Faggotis.

„Über zu dieser Nachtzeit können Sie nicht nach Höllenhaushof gehen,“ sagte Nyon. „Ich möchte ebenso gern jetzt von dem verflossenen Bob in die Grube hinuntergelassen werden.“

„Das ist keine Rute für Christenmenschen,“ meinte Faggotis.

„Die Rute dort sind eine gefährliche Sorte, selbst bei Sonnenchein,“ sagte ein anderer.

„Und wie weit ist es?“ fragte der Fremde.

„Ich ging einmal in drei Stunden hin,“ antwortete ein Kohlenarbeiter; „das war aber zu einem Beichenschmaus; wenn Sie eingesessene Beichel sehen wollen, dann ist jetzt die Zeit. Es sind etliche Helden und ich möchte nicht einmal unsern Bath unter ihnen sehen, denn er ist doch so eine Art Christenmenschen, wenn er sein Glas Ale getrunken hat.“

Shill.

Sozialpolitischer Roman von Dizraeli.
Übersetzung von Natalie Bleibrecht.

19. Fortsetzung.

Aber warum macht Ihr denn nicht den Eigentümer oder Grundbesitzer mit Euren Klagen bekannt?“ fragte der Fremde.

„Es gibt auf der Erde keine solche schweren Tyrannen, als die Böllies sind,“ sagte ein Kohlenarbeiter, „und für den Armen gibt es heute keine Hilfe und kein Recht.“

„Ich nehme an, Sie sind in diesen Gegenden und in diesen Sachen, mein Herr, oder Sie würden wissen, daß es ebenso leicht für einen Bergmann ist, mit einem der Grubenherren zu sprechen, als es für mich wäre, Kohlen aus diesem Berg zu holen. Es ist ein Abgrund zwischen uns. Mit fünf Jahren ging ich in die Kohlengrube, und ich war leicht Martini vierzig Jahre im Dienst, ein schönes Alter, mein Herr, für einen Mann, der seine Arbeit tut, und ich weiß, was ich sage. Da vierzig Jahren, mein Herr, sieht man gar manches, besonders wenn man nicht von demselben Ort fortkommt und beobachtet. Ich habe mehrere male gespielt (spielen, im Spiel sein, ist der Ausdruck der englischen Gruben- und Minerarbeiter für spielen) in diesen vierzig Jahren, und habe so große Streiks mitgewirkt, wie sie nur jemals in unserem Lande vorgekommen sind. Ich habe die Leute viele Wochen lang „am Spiel“ gespielt und wir waren oft so in der

Riemse, daß ich vierzehn Tage lang hungrig und nur etwas Kartoffeln und Salz zu beißen hatte. Das war hart, aber wir kämpften für unsere Rechte und da auch man alles in Kauf nehmen. Sie will Ihnen etwas sagen, mein Herr, ich habe noch vor einem Stein gehört, wobei vorher mit dem eigentlichen Herrn der Grube, ich merke mir den Besitzer, gekloppt worden wäre; dann würde es vielleicht anders gekommen sein. Zwischen dem armen Mann und den großen Herren war nie ein Verkehr, und das ist das Hauptglück unseres Landes.“

„Das ist ein sehr wahres Wort, Nyon, aber wo haben wir denn von den Herren zu erwarten? Als wir — 28 das große „Spiel“ hatten und die Herren sagten, sie wollten mit uns zusammen kommen, was taten sie? Sie gingen mit den Böllies auf und ab und sprachen mit ihnen; auf die Böllies hörten sie.“

„Wir brauchten hier niemals Soldaten, wenn nur die Herren mit den Leuten selbst sprechen wollten; aber schon der Anblick eines Bergmanns ist für die Herren Gift, und wenn wir einmal mit Ihnen sprechen wollen, laufen sie flitsch weg.“

„Daran sind die Böllies schuld,“ sagte Nyon, „sie sind noch schlimmer als Tomm.“

„Das Volk wird nie zu seinem Rechte kommen“, fiel der Fremde wieder ein, „es sei deum, daß es segne Macht verfehren lernt. Nehmen wir an, statt zu strecken, würden fünfzig von Euren Familien zusammen unter einem Dach leben, Ihr würdet besser leben als jetzt; Ihr würdet Euch reicher röhren und behaglicher wohnen und gelebt sein, und Ihr würdet den halben Betrag Eures Lohnes sparen; Ihr würdet Kapitalisten werden. Ihr könnte Euch selbst Eure Minen und Kohlengruben von den Eigentümern pachten und Ihnen eine höhere Rente bezahlen, als Sie jetzt bekommen, und Ihr würdet dabei mehr gewinnen und weniger arbeiten.“

„Herr,“ sagte Nyon, indem er seine Pfiffe aus dem

den Reichshaushaltsetat aus den Gen. Bebel, Ledebour, Schöpflin, Singer und Dr. Süderholm als Schriftführer. Der 4. Kommission für die Wahlprüfungen gehören an Fischer-Baum, Stellhaus und Schulze als Schriftführer. In die 5. Kommission für die Rechnungen über den Reichshaushalt gehört Spindler und Stellhaus. Der 6. Kommission zur Bearbeitung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Verbannung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschulden gehören an die Genossen Höpfer, Gehre-Sachsen, Haber, Wollenbahr und Schmalzfeldt. Die 7. Kommission zur Bearbeitung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 und 20 Pf. besteht aus den Genossen Frohme, Horn-Sachsen und Schmidt-Frankfurt. Die 8. Kommission, welche sich mit den Entwürfen eines Gesetzes über den Versicherungsvertrag, eines zugehörigen Einführungsgesetzes und eines Gesetzes zur Anerkennung der Vorarbeiten des Handelsgesetzbuchs über die Sicherung dieser bestätigt, enthält aus unserer Partei die Namen Hesse, Dr. Herzfeld, Lefèvre und Stadtlohen. Die 9. Kommission, welche den Entwurf einer Maß- und Gewichtsordnung bearbeitet, sieht sich aus den Genossen Bial, Sachse als Schriftführer, Stolle und Hubbell zusammen. Die 10. Kommission für das Urheberrecht an den Werken der bildenden Künste und der Photographie aus Bisch als Vorstehender, Fischer-Berlin und Dr. Grabmayer als Schriftführer. Die 11. Kommission für die Anerkennung der Gewerbeordnung aus Bönnigburg, Frohme, Herkert, Reichshaus und Schulze. Die 12. Kommission für die Anerkennung des Gesetzes über den Unterstützungswohnitz gehören auch an Dr. Herzfeld als Schriftführer, Haber, Peus und Schmidt-Frankfurt. In die 13. Kommission zur Bearbeitung eines Gesetzes über die Hilfsklassen sind gewählt die Genossen Gräfendorf, Lefèvre und Stadtlohen.

Das Rote-Sonne-Flugblatt freigesprochen. Aus Elberfeld wird gemeldet: In der Anklage wegen Beleidigung der Stadtverwaltung bei der letzten Stadtverordnetenwahl wurde Genosse Ullensbaum zu 300, Hoffmann zu 100 Pf. Geldstrafe verurteilt, Grimpke freigesprochen. Eine zweite Anklage betrifft das konfisierte Wahlrechtsflugblatt. Genosse Ullensbaum sollte durch das Flugblatt zu Gewalttätigkeiten aufgerufen haben. Der Staatsanwalt beantragte — 1 Jahr Gefängnis. Die Strafkammer erkannte auf Freispruch! Das Rote-Sonne-Flugblatt freigesprochen.

Genosse Borchardt hat Freitag sein Amt als Doktor der „Bolzitz“ in Königberg niedergelegt. Ob aus gesundheitlichen oder andern Gründen, darüber meldet unser Parteivorstand nichts.

Als sozialdemokratischer Reichstagkandidat für Darmstadt-Groß-Gerau an Stelle des zurückgetretenen Genossen Cramer ist der Genosse Berthold nominiert worden. Am Sonntag hatten sich in Groß-Gerau die Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Darmstadt-Groß-Gerau versammelt, um zur Mandatserledigung des Genossen Cramer Stellung zu nehmen. Nach langer Beratung wurde die Resolution der Darmstädter Parteiversammlung Tadel gegen Cramer wegen des „Vollganges“ abgelehnt. Zugleich der einzuleitende Agitation wurden die Beschlüsse der Agitationskommission in Darmstadt aufgehoben, und eine Wahlkreiskonferenz für den 4. März nach Darmstadt einberufen. Einstimig wurde beschlossen, der Wahlkreiskonferenz den Genossen Berthold als Kandidaten vorzuschlagen.

AUS WÄHND UND SECHS.

Eine schwere Bankatastrophe, bei welcher vier Personen schwer und teilweise lebensgefährlich verletzt wurden, hat sich in der städtischen Heimstätte Buch bei Berlin ereignet. Auf dem dortigen Terrain ist zurzeit ein Neubau für ein Hospital in der Erstellung begriffen. Aus bisher noch nicht festgestellter Ursache brach plötzlich das Gewölbe des Gebäudes ein und begrub vier Arbeiter unter den eisfürzenden Trümmermassen. Aus Berlin wurden sofort mehrere Krankenwagen herbeiholt, welche die Schwerverletzten in Krankenhäusern unterbrachten. Eine der Arbeiter hat so schwere Verlebungen erlitten, daß er dem Leben wohl kaum erhalten bleibt. Ob bei den übrigen Verunglückten Lebensgefahr vorliegt, ist noch nicht festgestellt. — Wen trifft die Schuld?

Opfer des Eis. Beim Schlittschuhlaufen auf dem Stadtei in Deutschland brachen zwei Böllinger der Sparandeanstalt ein und ertranken.

Mord. In Crosta bei Baveno erschoss ein

galizischer Arbeiter seine Geliebte, um sich ihrer zu entledigen. Der Mörder wurde verhaftet.

Eisenbahnhungslücke. Aus Modrechka (Reichsbezirk Merseburg) wird amtlich gemeldet: Gestern Montag um 9½ Uhr abends fuhr der von Eisenburg kommende Bedarfsgüterzug 8657 dem aus Wetzlau aufkommenden Bedarfsgüterzug 6422 in die Falle. Hierbei entgleisten die Lokomotiven und 19 Wagen des letzteren. Ein Bremser wurde getötet, der Bagträger leicht verletzt. Der Personenzug wurde durch Umsteigen aufrechterhalten. Die Strecke ist voraussichtlich bis heute früh 6 Uhr wieder frei.

Prenzlauer Richter können auch milde urteilen! Vor der Strafkammer des Landgerichts in Duisburg wurde am 12. d. M. der Gefangene Aufseher Meyer vom Gerichtsgefängnis in Ruhrtort wegen rechtmäßiger Verbrechen im Amt zu verantworten, nämlich wegen 1. Eigentumsmißhandlung, 2. wegen Bedrohung des ersten Gefangenen Aufsehers, 3. Unterklagung im Amt, 4. Annahme von Geschenken und 5. wegen Diebstahls zum Nachteil des Justus. Die Zeugenvernehmung ist derzeit beispiellos gegen den Angeklauten aus, daß der Strafvorwalt wegen der Delikte unter 1, 2, 3 und 5 die Verurteilung beantragte, nämlich wegen Misshandlung in vier Fällen je drei Wochen Gefängnis, wegen Bedrohung 5 Tage Gefängnis, wegen der Unterklagung in drei Fällen je 3 Monate Gefängnis, wegen Betrugses in zwei Fällen je 3 Tage Gefängnis und wegen Diebstahls in zwei Fällen je 3 Tage Gefängnis. — Das überraschendste war nun, daß das Gericht zwar die Delikte unter 1, 2 und 3 als erwiesen annahm, die Eigentumsmißhandlung sogar in vier Fällen, daß es aber dennoch bei einer gelinden Geldstrafe von 70 Mark blieb. Wegen des Diebstahls zum Nachteil des Justus gab es ferner — 3 Tage Gefängnis. Auffallend war, daß der Gefangeninspizitor Stahl den Angeklauten als einen ehrlichen, sehr zuverlässigen und tüchtigen Beamten schätzte. Da weiß man wirklich nicht, worüber man sich mehr wundern soll, ob über das Urteil selbst oder über das Zeugnis des Gefangeninspektors oder über den Mut des Herrn, der mit dem Urteil nicht zufrieden ist und den Antrag beantragt will. Es scheint allerdings, als ob im Ruhrorter Gerichtsgefängnis etwas eigenartige Zustände herrschten. Möglicherweise, daß von dort noch verschiedene Fälle der Derselbige gezogen werden müssen. Die auffallende Milde des Urteils muß geradezu verblüffen.

Selbst gerichtet. Im Untersuchungsgefängnis zu Bonn erhängte sich der Schneidersmeister Karl Sprunkel aus Eickhagen, der, wie wir kürzlich meldeten, das Dienstmädchen Meta Back erwürgt und die mit Stricken zusammengebundene Leiche in einen Kellerbrunnen versenkt hatte.

Engelmacher? In Gelsenkirchen wurde ein Ehepaar verhaftet unter dem Verdacht, von seinen seit dem Jahre 1897 geborenen acht Kindern sieben kurz nach der Geburt getötet zu haben.

Nicht einmal Toxikale sind vor der Justitia sicher. Wegen Fahnenflucht und Diebstahls ist der ehemalige Musketier Bieker in Haft genommen, aber wegen hochgradiger und unheilbarer Lungenerkrankheit und häufiger epileptischer Anfälle dem Lazarett überwiesen worden. Am 15. Februar sollte gegen ihn vor dem Kriegsgericht in Ulm verhandelt werden, das war aber nicht möglich, da er sofort nach Betreten des Verhandlungsorts, das im Lazarett eingerichtet war, einen heftigen epileptischen Anfall bekam. Die Verhandlung wurde darauf auf unbestimmte Zeit vertagt. Nach dem Eindruck, den Bieker macht, ist kaum anzunehmen, daß er bis zu einem neuen Verhandlungstermin, wenn dieser nicht auf die allernächste Zeit anberaumt wird, überhaupt noch lebt.

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. Als Majestätsbeleidiger muß der 67 Jahre alte Invalidenrentner G. Götschel von Kotterreuth (Oberfranken) in seinen alten Tagen noch ins Gefängnis wandern. Er ist ein alter Feldzugsveteran und bezahlt eine monatliche Invalidenrente von 21 Pf. Vor einiger Zeit befand er sich in der Buchfischer'schen Wirtschaft in Kotterreuth, wo ihn die Gäste wegen der Geringfügigkeit seiner Rente auszogen. In seinem Unmut ließ er sich zu einigen Neuerungen hinrücken, in denen eine Beleidigung des Kaisers enthalten sein soll. Der Wirt schickte sofort zur Gendarmerie, damit die Freiheit nicht ungestrahlt bleibe. Das Landgericht sprach eine Gefängnisstrafe von drei Monaten aus.

Der „Simplissimus“-Verlag wird am 1. April ds. Jz., an welchem Tag das Blatt auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblickt, in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt, an der außer dem

bisher alleinigen Verleger Albert Langen die Mitarbeiter Thoma, Thöry, Steiner, Gulbransson, Geheeb, Ch. Th. Helme, Paul Schulz und Wille beteiligt sind.

Gefestes gestört? Wie aus Straßburg i. E. gemeldet wird, umfaßte der 23jährige nerzenfranke Student Mentzer bei einem Spaziergang am Niederrhein, kanal, pöhlisch seine Mutter und sprang mit ihr ins Wasser. Ein Schleuderwärter rettete die Mutter, der Student ertrank.

Sechzehn Personen ertrunken. Bei diesem Nebel geriet auf dem Domu eine Bark auf einen Felsen und sank um 16 Personen ertranken.

16 Grubenarbeiter getötet. In der Victor-Mine bei Wattland (R. u. Siboles) erfolgte eine Kohlenstaubexplosion, durch die 16 Grubenarbeiter getötet werden sollen. Bis hier wurden 5 Leichen geborgen.

Die gekränkten Lübecker Bankiers. Wir werden von Herrn Bübbers jr. davon in Kenntnis gesetzt, daß er uns aus Braunschweig unter der Spitznamen „Die gekränkten Lübecker Bankiers“ gezeigte Artikeln eine Reihe von Urteilen entnahm, enthaltend die Tatsache, daß der Privatläger Helber unter der Firma „Brunonia“ ein Sektorlosgeschäft in Braunschweig betreibt und daß der Ausgangspunkt des Streites zwischen ihm und den Bankiers Bübbers in einer Reklame des Helber zu suchen ist, in welcher er vor dem Nachbar domizilierten Gesellschaftsgegenstalten warnt, gleichzeitig aber unwarhafte Weise behauptet, daß diese Gesellschaftsgegenstalten in Lübeck noch durch Agenten vertreten sind. Diese Behauptung gab Herr Bübbers Veranlassung, in einem an Herrn Helber gerichteten Briefe dessen Verhalten mit den in dem Artikel bezeichneten Worten zu kennzeichnen. Herr Helber erhob sofort wegen des Inhaltes dieses Briefes die Privatklage. Gleichzeitig über überstande er einer Reihe von Zeitungen eine Reklame, durch welche Herr Bübbers beleidigt wurde. Es war die unwarhafte Behauptung aufgestellt, daß Herr Bübbers sen. in Lübeck über 18 Jahre Kontorboten bei der Lotterie Hauptlotterie S. H. Beckmann gewesen ist und sich Sonntags durch die Einlasse einer Schiebube eine Nebenentnahme verschafft habe. Es war unwarhafte Weise von Bübbers jun. behauptet, daß er jetzt das Geld verpreßte, was er geschäftlich einnehme. Die Behandlung selbst vor dem Braunschweiger Schöffengericht nahm einen ganz anderen Verlauf, als der Artikel vom 18. Februar 1906 es darstellt. Herr Bübbers erklärt, daß er gern bereit sei, die von ihm gebrauchten Ausdrücke zurückzunehmen, daß er aber, falls nicht Helber die Privatklage juristisch, seinerseits Widerklage wegen der vorgebrachten Anmerkungen des Herrn Helber erheben müsse. Der Vertreter von Bübbers wies ferner darauf hin, daß Herr Helber in seiner Annonce sich mit der unwarhafte Tatsache drückte, daß die „Brunonia“ unter Aussicht und Kontrolle eines Braunschweiger Notars stände und daß diese unwarhafte Tatsache nur gewählt worden sei, um in dem Publikum den irrligen Glauben zu erwecken, es mit einer Gesellschaft zu tun zu haben, die absolutes Vertrauen verdiente. Dem Helber sei bereits gerichtlich aufgezeigt worden, sich dieser Annonce in Zukunft zu enthalten. Der Richter versuchte einen Vergleich herzustellen, ber dorthin ging, daß der Privatläger seine Klage, der Privatklage aber seine Widerklage zurückzunehme. Auch hiermit hat sich Bübbers einverstanden erklärt, während Helber den Vergleichsvorschlag ablehnte. Daraufhin wurde das Urteil dahin gefällt, daß zunächst die Privatklage gegen Bübbers sen. unter Berichtigung des Helber in die Kosten abgewiesen, daß der Privatklage Bübbers jun. in eine Geldstrafe von 12 Mark, der Privatläger Helber dagegen zu der doppelten Strafe verurteilt wurde. Die Kosten wurden dementsprechend zum größeren Teile dem Helber auferlegt und außerdem Bübbers die Entschädigung zugesprochen, daß eine öffentliche Beleidigung feststellende Erkenntnis auf Kosten von Helber in einem Braunschweiger Blatte zu veröffentlichen. Der Richter führte bei der Begründung des Erkenntnisses aus, daß er nicht über die Gesellschaftsgegenstalten zu Gericht säße und daher die Frage ausscheiden müsse, welcher Art von Gesellschaften der Vorzug gegeben sei, daß aber der Privatläger keinen Grund zur Privatklage gehabt habe, da er den Privatbezügern in weit stärkerer Weise beleidigt habe. Helber mußte daher die doppelte Strafe treffen. Ganz unwarhafte ist die Behauptung in dem Artikel, daß das Gericht angeworben habe, daß die in dem betreffenden Artikel von Helber gegen Bübbers enthaltenden Angaben auf Wahrheit beruhen. Im Gegenteil, der Richter hat nur erklärt, daß ein Eingehen auf diese Behauptungen sich schon deshalb erübrigte, weil schon aus der Form der Anzeigerung eine schwere Beleidigung gegen Bübbers hervorgehe.

Grouse ist ein Prachtler, man amüsiert sich immer, wenn er hier ist.

„Ich für meinen Teil, versetzte Egremont, „ich liebe nicht das Vergnügen, welches von den Beleidigungen eines Schmarögers abhängt.“

„Grouse ist nicht mehr ein Schmaröger, als sonst jemand“, sagte Lord Marney lässig.

„Vielleicht nicht“, sagte Egremont und zuckte mit den Achseln.

„Ich möchte wissen, worauf Du Dich verstehst. Ganz gewiß nicht daran, wie man sich jungen Damen angenehm macht. Arabella kann vor dem Künstler Deines Besuches in Mowbray nicht exakt sein, wenigstens nicht, so weit Lady Joan im Spiele ist — beständig Arabella's vertraute Freunde. Beau auch aus keinem andern Grund, so hältst Du schon um bestentwillen ihr mehr Aufmerksamkeit beweisen sollen.“

„Ich kann keine Aufmerksamkeiten da beweisen, wo ich mich nicht angezogen fühle“, sagte Egremont, „ich habe nicht das immer bereite Talent Deines Freundes, Kapitän Grouse.“

„Ich weiß nicht, was Du mit „meinem Freunde Kapitän Grouse“ meinst; Kapitän Grouse ist nicht mehr mein Freund, als der Deine. Man muß Leute im Hand haben, die konfidenzielle Dinge tun, welche man selber nicht tun und Dienstboten nicht anvertrauen kann; und all diese Dinge begleitet Kapitän Grouse ausgezeichnet.“

„Ganz richtig — er ist genau das, was ich sagte, ein Schmaröger — ein angenehmer Schmaröger vielleicht, aber immerhin ein Schmaröger.“

(Fortsetzung folgt.)

oder sie eine Flasche Burgunder lassen zu lassen, von der er wußte, daß sie sauer war.

Kleine Dinge regen kleine Gemüter auf; Lord Marney stand in seinem guten Humor auf: er hatte auf dem Bahnhof zu warten, was seine liebe Liane noch vermehrte. Auf der Fahrt sprach er kein Wort. Alles ging schief an diesem Tage. Das Mittagessen verlor unter Schwierigkeiten, glücklicher Weise war es auch kurz. Kapitän Grouse, der heute sehr nötig gewesen wäre als Bühnadleiter, spielte irgendwo einen Cricket-Match (Eine Partie des englischen Ballspiels.)

Was Egremont anbelangt, so muß zugegeben werden, daß er in keiner zufriedeneren Stimmung war als sein Bruder, obgleich er keine so unzureichende Ursache für seinen schlechten Humor hatte. Indem er Mowbray verließ, hatte er noch etwas mehr verloren, als nur einen angenehmen Kreis von Bekannten. Bei diesem Besuch war genug vorgesessen, um die geheimsten Winkel seines Herzens in Aufzehr zu bringen, und ihn zu einer genauen Prüfung seiner Lage und Verhältnisse zu verlassen. Bei seiner Rückkehr hatte er einen Brief seines Rechtsanwalts vorgefunden, — er sollte die Rechnungen für seine Wahl regeln.

Lady Marney verlor das Speisegitter, die beiden Brüder waren allein. Lord Marney füllte sich ein Glas, das er rasch austrank, fiel dann die Flasche vor seinen Brüder und sagte:

„Wie unausstehlich ist es, daß Grouse gar nicht hier ist.“

„Ich kann nicht sagen, daß ich die Gegenwart des Kapitän Grouse besonders vermisse“, erwiderte sein Bruder.

Lord Marney sah seinen Bruder mit streitlustigen Blicken an und sagte: